

**DWS Investment GmbH
60612 Frankfurt am Main**

An die Anteilhaber des OGAW-Sondervermögens

DWS SDG Global Equities (ISIN: DE0005152466)

Wir beabsichtigen, die folgenden Änderungen der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen mit der Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) für das oben genannten OGAW-Sondervermögen vorzunehmen:

A. Anpassung der Allgemeinen Anlagebedingungen

Die Allgemeinen Anlagebedingungen werden auf die Muster-Anlagebedingungen des Deutschen Fondsverband BVI (Bundesverband Investment und Asset Management e.V.) angepasst.

Neben redaktionellen Änderungen kommt es zudem in den §§ 11, 16, 17, 18 und 23 zu den nachstehend aufgeführten Änderungen.

§ 11 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Emittentengrenzen und Anlagegrenzen“)

Die bisherige Formulierung des Absatzes 2 lautete wie folgt: „Wertpapiere und Geldmarktinstrumente einschließlich der in Pension genommenen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten dürfen über den Wertanteil von 5% hinaus bis zu 10% des Wertes des OGAW-Sondervermögens erworben werden; dabei darf der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente dieser Emittenten 40% des OGAW-Sondervermögens nicht übersteigen.“

Künftig wird der Absatz 2 geändert und lautet wie folgt:

„§ 11 Emittentengrenzen und Anlagegrenzen
(...)“

2. Wertpapiere und Geldmarktinstrumente einschließlich der in Pension genommenen Wertpapiere und Geldmarktinstrumente desselben Emittenten dürfen bis zu 5% des Wertes des OGAW-Sondervermögens erworben werden; in diesen Werten dürfen jedoch bis zu 10% des Wertes des OGAW-Sondervermögens angelegt werden, wenn dies in den BABen vorgesehen ist und der Gesamtwert der Wertpapiere und Geldmarktinstrumente dieser Emittenten 40% des OGAW-Sondervermögens nicht übersteigt.“

§ 16 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Anteile“)

Absatz 1 wird wie folgt umformuliert und ergänzt: „Die Anteile am Sondervermögen lauten auf den Inhaber und werden in einer Sammelurkunde verbrieft; die Ausgabe von Einzelurkunden ist ausgeschlossen. Mit dem Erwerb eines Anteils am Sondervermögen erwirbt der Anleger einen Miteigentumsanteil an der Sammelurkunde. Dieser ist übertragbar, soweit in den Besonderen Anlagebedingungen nichts anderes bestimmt ist.“

Aufgrund der Ergänzungen in Absatz 1 werden Absatz 3 und 4 gestrichen, die besagten, dass die Anteile übertragbar sind, soweit in den Besonderen Anlagebedingungen nichts Abweichendes geregelt ist und die Rechte der Anleger in einer Sammelurkunde verbrieft werden.

Darüber hinaus wird folgende Regelung zu den effektiven Stücken in Absatz 4 komplett gestrichen: „Sofern für das OGAW-Sondervermögen in der Vergangenheit effektive Stücke ausgegeben wurden und diese sich mit Ablauf des 31. Dezember 2016 nicht in Sammelverwahrung bei einer der in § 97 Absatz 1 Satz 2 KAGB genannten Stellen befinden, werden diese effektiven Stücke mit Ablauf des 31. Dezember 2016 kraftlos. Die Anteile der Anleger werden stattdessen in einer Sammelurkunde verbrieft und auf einem gesonderten Depot bei der Verwahrstelle gutgeschrieben. Mit der Einreichung eines kraftlosen effektiven Stücks bei der Verwahrstelle kann der Einreicher die Gutschrift eines entsprechenden Anteils auf ein von ihm zu benennendes und für ihn geführtes Depotkonto verlangen. Effektive Stücke, die sich mit Ablauf des 31. Dezember 2016 in Sammelverwahrung bei

einer der in § 97 Absatz 1 Satz 2 KAGB genannten Stellen befinden, können jederzeit in eine Sammelverwahrung überführt werden.“

§ 17 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Ausgabe und Rücknahme von Anteilen, Aussetzung der Rücknahme“)

Gemäß Absatz 1 Satz 4 wird die Gesellschaft den Anleger über eine vorübergehende oder endgültige Einstellung der Ausgabe von Anteilen nur noch über die in dem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien informieren. Eine Bekanntmachung über gegebenenfalls weitere Medien findet künftig nicht mehr statt.

Gemäß Absatz 5 wird der Anleger durch Bekanntmachung im Bundesanzeiger und in den in dem Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien über die Aussetzung der Rücknahme der Anteile und die Wiederaufnahme der Rücknahme informieren. Eine Bekanntmachung über eine hinreichend verbreiteten Wirtschafts- und Tageszeitung findet künftig nicht mehr statt.

§ 18 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Ausgabe- und Rücknahmepreise“)

In Absatz 4 wird der Satz gestrichen, dass die Besonderen Anlagebedingungen für Sondervermögen mit länderspezifischem Anlageschwerpunkt darüber hinaus weitere länderspezifische Ausnahmen für die börsentägliche Ermittlung der Ausgabe- und Rücknahmepreise vorsehen können.

§ 23 der Allgemeinen Anlagebedingungen („Änderungen der Anlagebedingungen“)

Gemäß Absatz 3 Satz 1 werden sämtliche vorgesehene Änderungen der Anlagebedingungen im Bundesanzeiger und in den im Verkaufsprospekt bezeichneten elektronischen Informationsmedien bekannt gemacht. Eine Bekanntmachung in einer hinreichend verbreiteten Wirtschafts- und Tageszeitung findet künftig nicht mehr statt.

B. Anpassungen der Besonderen Anlagebedingungen

Die Besonderen Anlagebedingungen werden auf die Muster-Anlagebedingungen des Deutschen Fondsverband BVI (Bundesverband Investment und Asset Management e.V.) sowie auf die Musterkostenklausel für Publikumsinvestmentvermögen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht angepasst. Daneben werden neben redaktionellen Anpassungen weitere Änderungen vorgenommen, die den nachstehenden Punkten entnommen werden können.

1. Anpassungen in Bezug auf die Teilfreistellung im Sinne des Investmentsteuergesetzes

Aufgrund des Jahressteuergesetzes 2019 ist eine Anpassung der Anlagepolitik des oben genannten OGAW-Sondervermögens im Hinblick auf die Teilfreistellung erforderlich. Mit dem Jahressteuergesetz 2019 erfolgte die Konkretisierung der Definition der Kapitalbeteiligungen und es wurden begriffliche Abgrenzungen vorgenommen. Um diesen Änderungen nachzukommen, wird ein Verweis auf die entsprechende gesetzliche Vorschrift aufgenommen. Die Anlagegrenze, die dem Zweck der Herbeiführung einer Teilfreistellung im Sinne des Investmentsteuergesetzes dient, wird ausdrücklich als solche gekennzeichnet.

Die Anlagegrenze lautet künftig wie folgt:

„§ 27 Anlagegrenzen

(...)

6. Vorbehaltlich der in den vorstehenden Absätzen 1 bis 5 und der in den Allgemeinen Anlagebedingungen festgelegten Anlagegrenzen gilt zum Zwecke der Herbeiführung einer Teilfreistellung im Sinne des Investmentsteuergesetzes („InvStG“) zudem, dass mindestens 51% des Aktivvermögens des OGAW-Sondervermögens (dessen Höhe bestimmt sich nach dem Wert der Vermögensgegenstände des Investmentfonds ohne Berücksichtigung von Verbindlichkeiten) in solche Kapitalbeteiligungen im Sinne des § 2 Absatz 8 Investmentsteuergesetz angelegt werden, die zum amtlichen Handel an einer Börse zugelassene oder an einem anderen organisierten Markt zugelassene oder in diesen einbezogene Aktien sind („Aktienfonds“).“

2. Anpassung in Bezug auf ESG

Gemäß § 26 („Anlagegrenzen“) werden für das OGAW-Sondervermögen im Rahmen des Wertpapierauswahlprozesses neben dem finanziellen Erfolg auch die ökologische und soziale Leistung eines Unternehmens und dessen Corporate Governance sowie sein Beitrag zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) berücksichtigt. Das OGAW-Sondervermögen wendet beim Wertpapierauswahlprozess allgemein anerkannte Strategien zur Umsetzung des ESG- und SDG-Ansatzes an. Dabei kommen Ausschlusskriterien (Strategie der Negativselektion) zum Einsatz, und das OGAW-Sondervermögen investiert in Unternehmen, die im Hinblick auf die genannten ESG-Kriterien am besten abschneiden („Best-in-Class“-Strategie). Darüber hinaus wird ein Dialog mit den Unternehmen im Hinblick auf eine Verbesserung ihrer Leistung in den Bereichen Umwelt, Sozialstandards und Corporate Governance eingeleitet. Dieser Dialog kann auch über eine Stimmrechtsvertretung geführt werden („Engagement-Strategie“). Schließlich investiert das OGAW-Sondervermögen in Unternehmen, die mit ihrer Geschäftstätigkeit einen Beitrag zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung leisten („Thematische Strategie“).

Die ESG- und SDG-bezogene Leistung eines Unternehmens wird unabhängig vom finanziellen Erfolg auf der Grundlage einer Reihe verschiedener Kennzahlen bewertet. Diese ESG- und SDG bezogenen Kriterien werden in Bezug auf das Kriterium „Umwelt“ ergänzt um „Vermeidung von Klimatransitionsrisiken“ und das Kriterium „Unternehmensleitsätze“ wird ergänzt um „Einhaltung von Unternehmensethik (...)“.

§ 26 Absatz 5 lautet künftig wie folgt:

„(...)“

5. Im Rahmen des Wertpapierauswahlprozesses werden neben dem finanziellen Erfolg auch die ökologische und soziale Leistung eines Unternehmens und dessen Corporate Governance sowie sein Beitrag zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) berücksichtigt. Das OGAW-Sondervermögen wendet beim Wertpapierauswahlprozess allgemein anerkannte Strategien zur Umsetzung des ESG- und SDG-Ansatzes an. Dabei kommen Ausschlusskriterien (Strategie der Negativselektion) zum Einsatz, und das OGAW-Sondervermögen investiert in Unternehmen, die im Hinblick auf die genannten ESG-Kriterien am besten abschneiden („Best-in-Class“-Strategie). Darüber hinaus wird ein Dialog mit den Unternehmen im Hinblick auf eine Verbesserung ihrer Leistung in den Bereichen Umwelt, Sozialstandards und Corporate Governance eingeleitet. Dieser Dialog kann auch über eine Stimmrechtsvertretung geführt werden („Engagement-Strategie“). Schließlich investiert das OGAW-Sondervermögen in Unternehmen, die mit ihrer Geschäftstätigkeit einen Beitrag zu den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung leisten („Thematische Strategie“).

Die ESG- und SDG-bezogene Leistung eines Unternehmens wird unabhängig vom finanziellen Erfolg auf der Grundlage einer Reihe verschiedener Kennzahlen bewertet. Diese Kriterien beziehen sich unter anderem auf die folgenden Themen:

Umwelt:

- Vermeidung von Klimatransitionsrisiken
- Erhaltung von Flora und Fauna
- Schutz der natürlichen Ressourcen, der Atmosphäre und der Binnengewässer
- Eindämmung der Bodenverschlechterung und des Klimawandels
- Vermeidung von Eingriffen in Ökosysteme und Verlust der biologischen Vielfalt

Soziales:

- Allgemeine Menschenrechte
- Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit
- Zwingende Nichtdiskriminierung
- Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz
- Faire Arbeitsbedingungen und angemessene Entlohnung

Unternehmensleitsätze:

- Unternehmensleitsätze gemäß ICGN (International Corporate Governance Network)

– Einhaltung von Unternehmensethik und Prinzipien der Korruptionsbekämpfung gemäß UN Global Compact

Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung:

- Klimaschutz
- Bekämpfung von Wasserknappheit
- Abfallmanagement
- Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln
- Gesundheit und Wohlergehen
- Verbesserung der Lebensqualität und demografischen Entwicklung

Die ESG- und SDG-Kriterien werden in einer proprietären ESG-/SDG-Bewertung zusammengefasst, die mithilfe verschiedener ESG-Datenanbieter errechnet wird. Mit dem daraus resultierenden ESG-Rating wird die Leistung eines Unternehmens in diesen Bereichen nach allgemein anerkannten Umwelt-, Sozial- und Corporate-Governance-Standards bewertet.“

3. Anpassung in Bezug auf den Ausgabe- und Rücknahmepreis

In § 29 („Ausgabe- und Rücknahmepreis“) wird in Satz 1 in Bezug auf den Wert des Ausgabeaufschlags ein „bis zu“ ergänzt. Zudem wird der Halbsatz ergänzt, dass die Gesellschaft von der Berechnung eines Ausgabeaufschlags absehen kann.

4. Anpassungen der Formulierung der Kostenklausel an die Musterkostenklauseln der BaFin

Der Paragraph „Kosten und erhaltene Leistungen“ wird auf die von der BaFin veröffentlichten Musterkostenklauseln für Publikumsinvestmentvermögen angeglichen.

Die Formulierung in Absatz 2 zur Belastung bestimmter Aufwendungen wird angepasst und lautet künftig wie folgt:

„§ 30 Kosten und erhaltene Leistungen
(...)“

2. Neben der der Gesellschaft zustehenden Kostenpauschale aus Absatz 1 können die folgenden Aufwendungen dem OGAW-Sondervermögen zusätzlich belastet werden:

- a) Kosten für die Geltendmachung und Durchsetzung von Rechtsansprüchen durch die Gesellschaft für Rechnung des OGAW-Sondervermögens sowie der Abwehr von gegen die Gesellschaft zulasten des OGAW-Sondervermögens erhobenen Ansprüchen;
- b) Kosten der Erstellung und Verwendung eines dauerhaften Datenträgers, außer im Fall der Informationen über Verschmelzungen von Investmentvermögen und außer im Fall der Information über Maßnahmen im Zusammenhang mit Anlagegrenzverletzungen oder Berechnungsfehlern bei der Anteilwertermittlung;
- c) Steuern, die anfallen im Zusammenhang mit den an die Gesellschaft, die Verwahrstelle und Dritte zu zahlenden Vergütungen, im Zusammenhang mit den vorstehend genannten Aufwendungen und im Zusammenhang mit der Verwaltung und Verwahrung.“

Der Absatz 5 Satz 3 wird dahingehend angepasst, dass die Vergütung, die von „einer Investmentgesellschaft (...) oder einer ausländischen Investmentgesellschaft, einschließlich ihrer Verwaltungsgesellschaft“ als Verwaltungsvergütung für die im OGAW-Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde, gestrichen wird. Satz 3 lautet daher künftig wie folgt: „Die Gesellschaft hat im Jahresbericht und Halbjahresbericht die Vergütungen offenzulegen, die dem OGAW-Sondervermögen von der Gesellschaft selbst, von einer anderen (Kapital-) Verwaltungsgesellschaft oder einer anderen Gesellschaft mit der die Gesellschaft durch eine wesentliche unmittelbare oder mittelbare Beteiligung verbunden ist, als Verwaltungsvergütung für die im OGAW-Sondervermögen gehaltenen Anteile berechnet wurde.“

5. Anpassung in Bezug auf die Ertragsverwendung

§ 31 („Ausschüttende Anteilklassen“) wird dahingehend geändert, dass es künftig deutlicher ist, dass die Gesellschaft die während des Geschäftsjahres für Rechnung des OGAW-Sondervermögens angefallenen und nicht

zur Kostendeckung verwendeten anteiligen Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge für die „ausschüttenden Anteilklassen“ ausschüttet. Zudem wird in Bezug auf die Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge das Wort „anteilige“ ergänzt. § 31 Absatz 1 lautet künftig wie folgt:

„§ 31 Ausschüttende Anteilklassen

1. Für die ausschüttenden Anteilklassen schüttet die Gesellschaft grundsätzlich die während des Geschäftsjahres für Rechnung des OGAW-Sondervermögens angefallenen und nicht zur Kostendeckung verwendeten anteiligen Zinsen, Dividenden und sonstigen Erträge – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – aus. Realisierte Veräußerungsgewinne – unter Berücksichtigung des zugehörigen Ertragsausgleichs – können ebenfalls zur Ausschüttung herangezogen werden.“

In § 32 („Thesaurierende Anteilklassen“) wird der bisherige Absatz 2 gestrichen, welcher besagte: „Die Gesellschaft behält sich vor, in besonderen Fällen innerhalb von zwei Monaten nach Ablauf des Geschäftsjahres eine Ausschüttung vorzunehmen. In diesem Fall wird die Ausschüttung mindestens drei Monate vor dem Ausschüttungstermin durch Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger ankündigen.“

C. Anpassung des Besonderen Teils des Verkaufsprospekts

Änderung der Orderannahme

Im Besonderen Teil des Verkaufsprospektes werden die Passagen „Ausgabe von Anteilen“ und „Rücknahme von Anteilen“ dahingehend geändert, dass die Orderannahmezeit von Same Day Pricing auf Forward Pricing geändert wird.

Die Absätze lauten künftig wie folgt:

„Ausgabe von Anteilen

Aufträge, die bis spätestens 13:30 Uhr CET („Orderannahmeschluss“) an einem Bewertungstag bei der Gesellschaft oder der Verwahrstelle eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des nächstfolgenden Bewertungstages abgerechnet. Aufträge, die nach 13:30 Uhr CET bei der Gesellschaft oder der Verwahrstelle eingehen, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des übernächsten Bewertungstages abgerechnet.“

„Rücknahme von Anteilen

Aufträge, die bis spätestens 13:30 Uhr CET („Orderannahmeschluss“) an einem Bewertungstag bei der Gesellschaft oder der Verwahrstelle eingegangen sind, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des nächstfolgenden Bewertungstages abgerechnet. Aufträge, die nach 13:30 Uhr CET bei der Gesellschaft oder der Verwahrstelle eingehen, werden auf der Grundlage des Anteilwertes des übernächsten Bewertungstages abgerechnet.“

Die redaktionellen und klarstellenden Änderungen in den Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen haben keinerlei inhaltliche Auswirkungen.

Die Änderungen Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen treten am 1. Juli 2020 in Kraft.

Sofern die Anteilinhaber mit den Änderungen der Allgemeinen und Besonderen Anlagebedingungen nicht einverstanden sind, können sie ihre Anteile an dem OGAW-Sondervermögen kostenlos zurückgeben. Bitte wenden Sie sich diesbezüglich an Ihre depotführende Stelle.

Die jeweils gültigen Vertragsbedingungen, der Verkaufsprospekt sowie die wesentlichen Anlegerinformationen sind bei der DWS Investment GmbH kostenlos erhältlich sowie online unter www.dws.de abrufbar.

Frankfurt am Main, im Juni 2020

Die Geschäftsführung